



HS Gesundheit
BOCHUM

Amtliche Bekanntmachung

AB 29/2023

04.09.2023

Hochschule für Gesundheit
University of Applied Sciences

www.hs-gesundheit.de

Rahmenordnung für die Masterprüfungen im Department für Ökonomie und Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen an der Hochschule für Gesundheit vom 30.08.2023

Rahmenordnung für die Masterprüfungen
im Department für Ökonomie und Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen
an der Hochschule für Gesundheit

vom 30.08.2023

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4 Satz 1; 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3; 28 Abs. 1 S. 2; 64 Abs. 1 S. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) vom 16. September 2014 (GV. NRW. S. 547), zuletzt geändert am 30. Juni 2022 (GV. NRW. S. 780b) erlässt die Hochschule für Gesundheit folgende Satzung:

Inhaltsverzeichnis

1. Abschnitt: Allgemeines	4
§ 1 Geltungsbereich.....	4
§ 2 Ziel des Studiums	4
§ 3 Mastergrad	4
§ 4 Zugang zum Studium.....	4
§ 5 Regelstudienzeit	5
§ 6 Leistungspunkte.....	5
§ 7 Strukturierung des Studiums	5
§ 7a Auslandssemester.....	6
§ 7b Praxissemester	7
§ 8 Masterprüfung.....	8
2. Abschnitt: Hochschulprüfungen	8
§ 9 Prüfungsausschuss	8
§ 10 Prüfer*innen, Beisitzer*innen	10
§ 11 Modulabschlussprüfungen	10
(1) Durch die Modulabschlussprüfung sollen die Studierenden den Nachweis erbringen, dass sie das Qualifikationsziel des Moduls erreicht haben.....	10
§ 12 Masterarbeit.....	12
§ 13 Nachteilsausgleich für Behinderte und chronisch Kranke.....	13
§ 14 Anerkennung von Prüfungsleistungen und Studienabschlüssen	14
§ 14a Anerkennung von außerhochschulisch erworbenen Kompetenzen	14
§ 15 Bewertung von Prüfungsleistungen.....	15
§ 16 Wiederholung von Prüfungsleistungen.....	17
§ 17 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß	17
§ 18 Masterzeugnis und Masterurkunde	18
§ 19 Diploma Supplement.....	19
3. Abschnitt: Schlussbestimmungen	19
§ 20 Ungültigkeit von Prüfungsleistungen	19

§ 21 Einsicht in Prüfungsakten.....	20
§ 22 Datenerhebung, -verarbeitung, -speicherung.....	20
§ 23 Aberkennung des Mastergrades.....	21
§ 24 Einhaltung gesetzlicher Schutzzeiten.....	21
§ 25 Inkrafttreten, Übergangsregelung.....	21
Anlage 1: Antwort-Wahl Verfahren.....	23
§ 1 Definition.....	23
§ 2 Erstellung der Prüfungsaufgaben und Vorabkontrolle.....	23
§ 3 Bewertung.....	23

1. Abschnitt: Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich

Diese Rahmenordnung enthält allgemeine Bestimmungen (Teil I), die für alle Masterstudiengänge des Departments für Ökonomie und Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen an der Hochschule für Gesundheit gelten. Sie regeln grundlegende Strukturen der Masterstudiengänge und bilden zusammen mit den Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) die Prüfungsordnung des jeweiligen Studiengangs. In den Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) sind die Inhalte und Anforderungen des jeweiligen Masterstudienganges, insbesondere die Zahl der Module, deren Inhalt, die Lehrformen, die Teilnahmevoraussetzungen und die Arbeitsbelastung geregelt. Den Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) sind jeweils Studienverlaufspläne beigelegt, die den Studienverlauf im jeweiligen Studiengang darstellen.

§ 2 Ziel des Studiums

Das Masterstudium soll der*dem Studierenden anknüpfend an einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss weitere inhaltliche und fachliche Vertiefungen und Spezialisierungen ermöglichen. Die Masterprüfung bildet den zweiten berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. Die Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) legen die individuellen Ziele der jeweiligen Masterstudiengänge fest.

§ 3 Mastergrad

Nach erfolgreichem Abschluss des Studiums verleiht die Hochschule für Gesundheit den akademischen Grad „Master of Science (M.Sc.)“ oder „Master of Arts“ (M.A.). Der Grad des jeweiligen Studiengangs ergibt sich aus den Fachspezifischen Bestimmungen.

§ 4 Zugang zum Studium

(1) Die Zugangsvoraussetzungen zu den Studiengängen ergeben sich aus § 49 HG und den dazu erlassenen Rechtsverordnungen und Ordnungen der Hochschule.

(2) Weitere Zugangsvoraussetzungen ergeben sich aus den jeweiligen Zugangs- und Zulassungsordnungen, der Einschreibungsordnung sowie den Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II).

§ 5 Regelstudienzeit

Die Regelstudienzeiten der Studiengänge sind in den Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) geregelt.

§ 6 Leistungspunkte

(1) Für einen erfolgreichen Abschluss des Studiums sind 90 oder 120 Leistungspunkte zu erwerben. Die Vergabe von Leistungspunkten erfolgt nach dem European Credit Transfer System (ECTS). Dabei entspricht 1 Leistungspunkt 1 Credit Point (CP) nach ECTS.

(2) Leistungspunkte stellen den zeitlichen Studienaufwand dar. Dieser umfasst die gesamte Arbeitsbelastung (workload) eines* einer durchschnittlich begabten Studierenden und beinhaltet neben den Präsenzzeiten auch Zeiten der Vor- und Nachbereitung des Lehrstoffes (Präsenz- und Selbststudium), Prüfungsaufwand, Prüfungsvorbereitungen einschließlich Abschluss- und Studienarbeiten sowie Praktika. Für den Erwerb eines Leistungspunkts wird ein Arbeitsaufwand von in der Regel 30 Stunden zugrunde gelegt.

(3) Die Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) beschreiben die innere Struktur der Module und weisen die den Modulen zugeordneten Leistungspunkte aus.

(4) Leistungspunkte werden nur für insgesamt bestandene Module vergeben.

§ 7 Strukturierung des Studiums

(1) Das Studium ist modular aufgebaut. Module sind thematisch, inhaltlich und zeitlich definierte Studieneinheiten, die zu Teilqualifikationen führen, welche in einem Lernziel festgelegt sind. Module können sich aus Veranstaltungen verschiedener Lehr- und Lernformen zusammensetzen. Mögliche Lehrformen sind in der Regel Vorlesung, Seminar, praktische Übung, Übung, Reflexionsseminar, Projektstudium, Kolloquium, Mentorat, angeleitetes Training, Chat E-Learning. Jedes Modul wird in der Regel mit einer Modulabschlussprüfung abgeschlossen. Modulabschlussprüfungen erstrecken sich auf das gesamte Kompetenzprofil des Moduls.

(2) Der erfolgreiche Abschluss eines Moduls setzt das Bestehen der in den Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) zugeordneten Modulabschlussprüfung voraus. In begründeten Fällen können die Fachspezifischen Bestimmungen regeln, dass ein Modul statt mit einer Prüfung mit einer unbenoteten Studienleistung abgeschlossen wird. Der Modulabschluss führt nach Maßgabe der Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) zum Erwerb der Leistungspunkte. Sind dem Modul zusätzlich zu erbringende Studienleistungen zugeordnet, müssen diese für den Abschluss des Moduls zusätzlich absolviert werden. Eine Bewertung der Studienleistungen

gem. § 15 erfolgt nicht.

(3) Die Zulassung zu einem Modul bzw. zu einer Lehrveranstaltung erfolgt nach Maßgabe der Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II). Sie kann von bestimmten Voraussetzungen, insbesondere von der erfolgreichen Teilnahme an einem oder an mehreren anderen Modulen bzw. Lehrveranstaltungen abhängig gemacht werden.

(4) Die Anzahl der Teilnehmer*innen an einem Modul kann begrenzt werden, sofern Art oder Zweck der Lehrveranstaltung oder sonstige Gründe von Forschung, künstlerischen Entwicklungsvorhabens, Lehre, Kunstausbübung oder Krankenversorgung dies erfordern und die Anzahl der Bewerber*innen die Aufnahmekapazität übersteigt.

(5) Die Bekanntgabe der Prüfungstermine erfolgt rechtzeitig vor der Prüfung durch das Prüfungsamt.

(6) Die Teilnahme an den Modulabschlussprüfungen setzt die vorherige Anmeldung über das Prüfungsamt in dem von diesem bekannt gemachten Verfahren und zu den bekannt gemachten Fristen voraus. Bis zum Ablauf der Anmeldefristen können erfolgte Anmeldungen ohne Angabe von Gründen zurückgenommen werden.

(7) Die Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) können Praxisphasen festlegen.

§ 7a Auslandssemester

(1) Auf Antrag beim International Office kann ein Studiensemester an einer Hochschule im Ausland absolviert werden (Auslandssemester), sofern die ausländische Hochschule, an welcher die Prüfungsleistungen erbracht werden sollen, mit dem Ausbildungslevel der Hochschule für Gesundheit vergleichbar ist und die Inhalte den Ausbildungszielen des Studiengangs entsprechen. In diesem Fall ersetzen die Prüfungsleistungen im Ausland die Prüfungsleistungen an der Hochschule für Gesundheit. Die Entscheidung hierüber trifft der Prüfungsausschuss nach Anhörung der Modulverantwortlichen.

(2) Der Antrag muss Inhalt, Lehrrumfang in Semesterwochenstunden und CP nach ECTS der Prüfungsleistungen beschreiben, die an der ausländischen Hochschule erbracht werden sollen. Hierzu sind die Bezüge zu den Prüfungsleistungen der Hochschule für Gesundheit für das beantragte Semester oder die vorangegangenen Semester aufzuzeigen.

(3) Die Umrechnung der im Auslandssemester erworbenen Noten erfolgt durch den Prüfungsausschuss in Abstimmung mit dem International Office.

(4) Prüfungsleistungen mit umgerechneten Noten schlechter als „4,0“ gelten als nicht bestanden.

(5) Für die Teilnahme an Förderprogrammen (z. B. ERASMUS-Programm) können weitere Bestimmungen gelten. Diese werden vom International Office bekannt gegeben.

(6) Die Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) legen das mobile Zeitfenster (Mobilitätsfenster) fest, in dem die Studierenden ein Auslandssemester belegen können.

§ 7b Praxissemester

(1) In den Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) kann ein sogenanntes Praxissemester als Modul festgelegt werden. Sofern dies erfolgt, gelten die Regelungen dieses Paragraphen.

(2) Das Praxissemester soll den Studierenden durch konkrete Aufgabenstellung und praktische Mitarbeit in einschlägigen Unternehmen oder Einrichtungen der Berufspraxis an die spätere berufliche Tätigkeit heranführen. Es soll insbesondere dazu dienen, die im bisherigen Studium erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten anzuwenden sowie die bei der praktischen Tätigkeit gemachten Erfahrungen zu reflektieren und auszuwerten und für die nachfolgende Studienphase nutzbar zu machen.

(3) Über die Zulassung zum Praxissemester und die Genehmigung der Praxisplätze entscheidet der*die Dekan*in, der*die diese Aufgabe delegieren kann.

(4) Hat sich der*die Studierende nachweislich mehrfach vergeblich um einen Praxisplatz bemüht, ist das Department verpflichtet, ihn*sie aktiv zu unterstützen. Ist auch das Department im Rahmen des Zumutbaren nicht in der Lage, einen Praxisplatz zu beschaffen, kann anstelle der externen Praxistätigkeit ein anwendungsorientiertes Projekt in der Hochschule bearbeitet werden. Für das anwendungsorientierte Projekt gelten die Bestimmungen über das Praxissemester sinngemäß. In den jeweiligen Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) kann die Möglichkeit eines anwendungsorientierten Projekts in der Hochschule anstelle eines Praxissemesters sowie die Unterstützung bei der Praktikumssuche ausgeschlossen werden.

(5) Während des Praxissemesters wird der*die Studierende von einem*einer durch den*die Dekan*in bestimmte*n Professor*in oder einer Lehrkraft für besondere Aufgaben betreut. Nach Möglichkeit ist ein Vorschlag des*der Studierenden, wer die Funktion des*der Betreuer*in übernehmen soll, zu berücksichtigen. Nach Beendigung sind die im Praxissemester gemachten Erfahrungen in einem schriftlichen Bericht zusammenzufassen. Dieser Praxisbericht stellt die unbenotete Studienleistung dar, mit der das Modul abgeschlossen wird. Die Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) können von Satz 4 abweichende oder zusätzliche Leistungen fordern.

(6) Der*Die betreuende Professor*in oder die Lehrkraft für besondere Aufgaben erkennt die

erfolgreiche Teilnahme am Praxissemester durch eine Bescheinigung an, wenn nach seiner*ihrer Feststellung die berufspraktische Tätigkeit dem Zweck des Praxissemesters entsprechen und der*die Studierende die übertragenen Arbeiten zufriedenstellend ausgeführt hat; hierbei kann das Zeugnis der Ausbildungsstätte und der vorzulegende Bericht berücksichtigt werden.

(7) Wird das Praxissemester von dem*der betreuenden Professor*in oder der Lehrkraft für besondere Aufgaben nicht anerkannt, so kann es einmal als Ganzes wiederholt werden. Im Wiederholungsfall kann auch ein Auslandsstudiensemester absolviert werden.

(8) Die Höhe der ECTS-Kreditpunkte, die für den Abschluss des Moduls „Praxissemester“ vergeben werden sowie das Fachsemester, in dem das Modul gemäß Studienverlaufsplan regelmäßig angeboten wird, werden in den Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) festgelegt.

§ 8 Masterprüfung

(1) Die Masterprüfung setzt sich aus den Modulprüfungen und der Masterarbeit zusammen. Sie wird studienbegleitend abgelegt.

(2) Die Fachspezifischen Bestimmungen können festlegen, dass für den Abschluss des Moduls, in dem die Masterarbeit verfasst wird, zusätzlich eine mündliche Prüfung (Kolloquium) vorausgesetzt wird.

(2) Zur Masterprüfung wird nur zugelassen, wer für den jeweiligen Studiengang an der Hochschule für Gesundheit eingeschrieben ist.

(3) Die Masterprüfung hat bestanden, wer alle erforderlichen Module des Studiengangs sowie die Masterarbeit mindestens mit der Note ausreichend (4,0) bestanden und somit die für den Studiengang erforderlichen Leistungspunkte erworben hat.

2. Abschnitt: Hochschulprüfungen

§ 9 Prüfungsausschuss

(1) Die Departmentkonferenz wählt für die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben einen Prüfungsausschuss. Der Prüfungsausschuss ist insbesondere für die Organisation der Prüfungen und die Einhaltung der Bestimmungen der Prüfungsordnung zuständig.

(2) Der Prüfungsausschuss ist zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. Er ist ein unabhängiges Prüfungsorgan der

Hochschule und Behörde im Sinne des Verwaltungsverfahrensgesetzes Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW). Widersprüche und Klagen sind über das Prüfungsamt gegen den Prüfungsausschuss, vertreten durch die*den Vorsitzende*n, zu richten. Die an der Prüfungsentscheidung beteiligten Prüfer*innen sind vor der Entscheidung anzuhören.

(3) Der Prüfungsausschuss kann per Beschluss Kompetenzen, die ihm nach dieser Ordnung zustehen, der*dem Vorsitzenden übertragen. Dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche.

(4) Der Prüfungsausschuss besteht aus einer*einem Vorsitzenden und einer*einem stellvertretenden Vorsitzenden und drei weiteren Mitgliedern. Die*der Vorsitzende, die*der stellvertretende Vorsitzende werden aus der Gruppe der Hochschullehrer*innen, ein Mitglied wird aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen, ein Mitglied aus der Gruppe der Mitarbeiter*innen in Technik und Verwaltung und ein Mitglied aus der Gruppe der Studierenden von der Departmentkonferenz mit einfacher Mehrheit gewählt. Entsprechend werden für die Mitglieder des Prüfungsausschusses mit Ausnahme der*des Vorsitzenden und deren*dessen Stellvertretung Vertreter*innen gewählt. Die Mitglieder der Gruppen der Hochschullehrer*innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen sowie der Mitarbeiter*innen in Technik und Verwaltung werden für drei Jahre, die Mitglieder der Gruppe der Studierenden für ein Jahr gewählt. Die Wiederwahl ist zulässig.

(5) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Mitglied aus der Gruppe der Hochschullehrer*innen und zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder, mit Ausnahme des studentischen Mitglieds, anwesend sind. Er beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der*des Vorsitzenden. Die studentischen Mitglieder wirken bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen, insbesondere bei der Beurteilung, Anerkennung oder Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen, bei der Festlegung von Prüfungsaufgaben und der Bestellung von Prüfer*innen sowie Beisitzer*innen, nicht mit.

(6) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Stellvertreter*innen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die*den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme der Prüfungen zugegen zu sein. Ausgenommen sind studentische Mitglieder, die sich im selben Prüfungszeitraum den gleichen Prüfungen zu unterziehen haben.

(8) Belastende Entscheidungen sind den Betroffenen unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Vor einer Entscheidung ist den Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 10 Prüfer*innen, Beisitzer*innen

- (1) Der Prüfungsausschuss bestellt unter Berücksichtigung von § 65 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) die Prüfer*innen. Für mündliche und praktische Prüfungen können sachkundige Beisitzer*innen bestellt werden. Der Prüfungsausschuss kann diese Aufgabe per Beschluss auf die*den Vorsitzende*n übertragen.
- (2) Die Prüfer*innen sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.

§ 11 Modulabschlussprüfungen

- (1) Durch die Modulabschlussprüfung sollen die Studierenden den Nachweis erbringen, dass sie das Qualifikationsziel des Moduls erreicht haben.
- (2) Die konkrete Prüfungsform ergibt sich aus den Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II). Prüfungen können als Einzel- oder Gruppenprüfung absolviert werden. Bei Gruppenprüfungen muss die individuell erbrachte Prüfungsleistung deutlich abgrenzbar und bewertbar sein. Prüfungsrücktritte oder sonstiges Nichterbringen der Prüfungsleistungen dürfen nicht zum Nachteil der anderen Studierenden der Gruppenprüfung geraten. Die Gruppengröße soll bei schriftlichen Prüfungsleistungen zwei Personen, bei mündlichen Prüfungsleistungen vier Personen nicht überschreiten.
- (3) Diese Prüfungsformen werden wie folgt definiert:
1. Eine Klausur ist eine schriftliche Arbeit, bei der Studierende in einem vorgegebenen Zeitrahmen und unter Aufsicht nachweisen, dass sie in der Lage sind Probleme und Fragestellungen des Faches zu erkennen und selbstständig lösen können. Die Dauer einer Klausur beträgt zwischen 30 und 240 Minuten.
 2. Eine Open-Book-Prüfung ist eine schriftliche Arbeit, bei der Studierende in einem vorgegebenen Zeitrahmen ohne dabei beaufsichtigt zu werden, nachweisen, dass sie in der Lage sind Probleme und Fragestellungen des Faches zu erkennen und unter Zuhilfenahme von Hilfsmitteln lösen zu können. Über die Hilfsmittel, die bei den Prüfungen benutzt werden können, entscheiden die Prüfenden. Die Prüflinge müssen die Prüfung eigenständig und ohne Hilfe anderer Personen absolvieren. Dies ist durch die Prüflinge eidesstattlich zu versichern. Die Dauer einer Open-Book-Prüfung beträgt zwischen 30 und 240 Minuten. Die Prüfungsaufgabe werden digital abgege-

ben (sog. Take-Home Exam) oder während eines bestimmten Zeitraums digital bearbeitet.

3. Eine Hausarbeit ist eine schriftliche Arbeit, bei der Studierende in einer vorgegebenen Frist eine wissenschaftliche Fragestellung oder ein entsprechendes Problem selbstständig mit wissenschaftlichen Methoden bearbeiten. Die Hausarbeit ist als digitales und nicht veränderbares Dokument auf einem von der*dem Prüfer*in vorgegebenen Weg einzureichen, der den Nachweis der fristgerechten Abgabe sicherstellt. Die Bearbeitungszeit für Hausarbeiten beträgt zwischen 6 und 12 Wochen. Auf Antrag der*des Kandidat*in kann aus triftigen Gründen die Bearbeitungszeit der Hausarbeit um maximal zwei Wochen verlängert werden. Über das Vorliegen des triftigen Grundes sind Nachweise vorzulegen. Über die Anerkennung entscheidet der Prüfungsausschuss. Hausarbeiten werden in der Regel von einer*inem Prüfer*in bewertet.
4. Ein Lernportfolio ist eine schriftliche Arbeit, bei der Studierende in einer vorgegebenen Frist eine oder mehrere seminar- bzw. sitzungsbezogene Aufgaben bearbeiten bzw. Fragestellungen beantworten. Gleichzeitig oder unabhängig davon können auch Aspekte des eigenen Lernprozesses oder die Reflexion von realen oder fiktiven praktischen Situationen Gegenstand des Lernportfolios sein. Das Lernportfolio ist mindestens in einfacher Ausfertigung bei der*dem Prüfer*in abzugeben. Die ausschließlich digitale Abgabe ist zulässig. Die Bearbeitungszeit für Lernportfolios beträgt zwischen 2 und 15 Wochen.
5. Eine mündliche Prüfung ist eine Befragung bzw. ein Fachgespräch zwischen einer zu prüfenden Person und einer prüfenden Person bzw. einer prüfenden und einer beisitzenden Person. In einer mündlichen Prüfung weisen die*der Studierende nach, dass sie*er die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennt, spezielle Fragestellungen beantworten kann und in die Zusammenhänge einzuordnen vermag. Die Dauer einer mündlichen Prüfung beträgt 10 bis 90 Minuten.
6. In einer praktischen Prüfung weisen Studierende nach, dass sie in der Lage sind theoretisches Wissen in berufspraktischen Situationen bzw. Simulationen professionell umsetzen zu können. Die Dauer einer praktischen Prüfung beträgt in der Regel zwischen 30 und 120 Minuten.

(4) Die fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) können unter Berücksichtigung der Regelungen in Anlage 1 vorsehen, dass Klausuren ganz oder teilweise in Form des Antwortwahl-Verfahrens (Multiple bzw. Single-Choice) durchgeführt werden.

(5) Prüfungen können im Einvernehmen von Prüfer*in und Studierenden in einer Fremdsprache erbracht werden.

(6) Mündliche Prüfungen werden vor einer*einem Prüfer*in in Gegenwart einer*eines sachkundigen Beisitzer*in abgelegt. Vor der Festsetzung der Note hat die*der Prüfer*in die*den Beisitzer*in zu hören. Die wesentlichen Gegenstände und die Note der Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten.

(7) Schriftliche prüfungsrelevante Leistungen werden von einer*einem Prüfer*in bewertet.

(8) Prüfungsleistungen mit denen laut Studienverlaufsplan ein Studiengang abgeschlossen wird und Wiederholungsprüfungen, bei deren endgültigem Nichtbestehen keine Ausgleichsmöglichkeit vorgesehen ist, sind von zwei Prüfer*innen zu bewerten. Die Note errechnet sich in diesem Fall als arithmetisches Mittel der beiden Bewertungen. § 15 ist anwendbar.

(9) Studierende des gleichen Studiengangs können an mündlichen Prüfungen als Zuhörer*innen teilnehmen, sofern nicht eine Kandidat*in widerspricht. Die Teilnahme erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an die*den Kandidat*in. Die Prüfer*in kann die Zahl der Zuhörer*innen auf einen der Prüfungssituation angemessenem Umfang beschränken.

§ 12 Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit soll zeigen, dass die*der Studierende in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus der Fachrichtung des jeweiligen Studienganges selbständig auf wissenschaftlicher Grundlage zu bearbeiten.

(2) Die Masterarbeit wird im gewählten Studiengang geschrieben. Es handelt sich um eine selbstständig verfasste wissenschaftliche Arbeit. Der Umfang der Masterarbeit sollte 70 Seiten nicht überschreiten und 50 Seiten nicht unterschreiten.

(3) Ein Thema für die Masterarbeit wird auf Antrag der*des Studierenden vergeben. Das Thema der Masterarbeit wird von der*dem die Arbeit betreuenden Prüfer*in gestellt. Die fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) können ein Vorschlagsrecht der*des Studierenden hinsichtlich des Themas der Arbeit vorsehen.

(4) Erstprüfer*innen sind hauptamtlich Lehrende der Hochschule für Gesundheit.

(5) Die Ausgabe eines Themas für die Masterarbeit erfolgt nach Maßgabe der fachspezifischen Bestimmungen (Teil II der Prüfungsordnung)

(6) Das Thema der Masterarbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten vierzehn Tag nach Ausgabe zurückgegeben werden; die Arbeit gilt dann als nicht begonnen.

(7) Als Zeitpunkt der Ausgabe gilt der Tag, an dem das Thema der*dem Studierenden bekannt gegeben wird; der Zeitpunkt und das Thema der Masterarbeit sind aktenkundig zu machen.

(8) Findet ein*e Studierende*r keine*n Prüfer*in, erfolgt eine Zuweisung der Erst- sowie Zweitprüfer*in durch die*den Vorsitzende*n des Prüfungsausschusses.

(9) Die Bearbeitungszeit für die Masterarbeit beträgt 18 Wochen. Auf Antrag der*des Kandidat*in kann aus triftigen Gründen die Bearbeitungszeit der Masterarbeit um maximal zwei Wochen verlängert werden. Über das Vorliegen des triftigen Grundes sind Nachweise vorzulegen. Über die Anerkennung entscheidet der Prüfungsausschuss.

(10) Die Masterarbeit ist fristgemäß in gedruckter und gebundener Form in 2-facher Ausfertigung und in digitaler Fassung beim Prüfungsamt abzugeben. Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Bei der Abgabe ist schriftlich zu versichern, dass die Arbeit selbständig verfasst wurde und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden.

(11) Die Masterarbeit wird von zwei Prüfer*innen bewertet. Die Note errechnet sich als arithmetisches Mittel der beiden Bewertungen. Weichen die Gutachten um mehr als 2,0 Noten voneinander ab, wird im Auftrag des Prüfungsausschusses ein Drittgutachten angefordert. Die Note errechnet sich dann als arithmetisches Mittel aus den drei Gutachten. Dies gilt auch, wenn einer der beiden Gutachter die Leistung mit „nicht bestanden“ (5,0) bewertet hat. § 15 ist entsprechend anwendbar.

§ 13 Nachteilsausgleich für Behinderte und chronisch Kranke

(1) Macht ein*e Studierende*r durch Vorlage eines ärztlichen Attestes glaubhaft, dass sie*er wegen einer chronischen Krankheit oder einer Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder innerhalb der in dieser Ordnung genannten Prüfungsfristen abzulegen, kann der Prüfungsausschuss die Bearbeitungszeit für Prüfungsleistungen bzw. die Fristen für das Ablegen von Prüfungen verlängern oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer bedarfsgerechten Form gestatten oder entsprechende Hilfsmittel zulassen. Entsprechendes gilt bei Studienleistungen.

(2) Anträge auf Nachteilsausgleich sind in der Regel spätestens vor der Anmeldung zu einer Modulprüfung für den regulären Prüfungstermin (Sommersemester 1.6.; Wintersemester 1.12.) über das Prüfungsamt beim Prüfungsausschuss zu stellen. Auf Wunsch der*des Studierenden ist die*der Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung der Hochschule für Gesundheit bei der Entscheidung über den Antrag zu beteiligen.

§ 14 Anerkennung von Prüfungsleistungen und Studienabschlüssen

(1) Prüfungsleistungen, die in Studiengängen an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen, an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien oder in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen erbracht worden sind, werden auf Antrag anerkannt, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied zu den Leistungen besteht, die ersetzt werden sollen. Gleiches gilt für Studienabschlüsse in Studiengängen im Sinne des Satzes 1. Sollten Prüfungsleistungen und Studienabschlüsse nicht anerkannt werden, sind die wesentlichen Unterschiede schriftlich zu begründen. Im Übrigen gilt § 63 a Abs. 1 bis Abs. 6, Abs. 8 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG).

(2) Studierenden, die aufgrund einer Einstufungsprüfung berechtigt sind, das Studium in einem höheren Fachsemester aufzunehmen, werden die in der Einstufungsprüfung nachgewiesenen Kenntnisse und Fähigkeiten auf die Studien- und Prüfungsleistungen angerechnet. Die Feststellungen im Zeugnis über die Einstufungsprüfung sind für den Prüfungsausschuss bindend.

(3) Werden Leistungen auf prüfungsrelevante Leistungen anerkannt, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und nach Maßgabe der jeweiligen Prüfungsordnung in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei nicht vergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Die Anerkennung kann im Zeugnis gekennzeichnet werden. Führt die Anerkennung von Leistungen, die unter nicht vergleichbaren Notensystemen erbracht worden sind, dazu, dass eine Modulnote nicht gebildet werden kann, so wird dieses Modul nicht in die Berechnung der Gesamtnote mit einbezogen.

(4) Über die Anerkennung entscheidet der Prüfungsausschuss auf Antrag der Studierenden. Der Antrag ist frühestens nach Einschreibung und spätestens vor Anmeldung zum ersten möglichen Versuch der anzuerkennenden Modulabschlussprüfung über das Prüfungsamt beim Prüfungsausschuss einzureichen. Die*Der Studierende hat die für die Anerkennung erforderlichen Nachweise vorzulegen.

(5) Die Entscheidung über Anerkennungen ist den Studierenden spätestens zwölf Wochen nach Einreichung der Unterlagen bzw. Stellung des Antrags mitzuteilen.

(6) Sofern ein Modul anerkannt worden ist, ist eine Teilnahme an der entsprechenden Modulabschlussprüfung nicht mehr möglich

§ 14a Anerkennung von außerhochschulisch erworbenen Kompetenzen

(1) Außerhalb des Hochschulsystems erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten sind maximal

bis zur Hälfte der für den Studiengang vorgesehenen Leistungspunkte auf das Hochschulstudium anzuerkennen, wenn die auf das Hochschulstudium anzuerkennenden Kenntnisse und Fähigkeiten den Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind.

(2) Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn die außerhochschulisch erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten den Anforderungen der Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, im Wesentlichen entsprechen. Dabei sind die jeweils zugrunde liegenden Modulbeschreibungen sowie die zu erwerbende Anzahl der Leistungspunkte in die Prüfung der Anerkennung einzubeziehen. Es ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen.

(3) Die fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) können den Anteil an außerhochschulisch erworbenen Kompetenzen erbracht worden sind und auf den Masterstudiengang anerkannt werden können, begrenzen.

(4) Über die Anerkennung entscheidet der Prüfungsausschuss auf Antrag der Studierenden. Der Antrag ist frühestens nach Einschreibung und spätestens vor Anmeldung zum ersten möglichen Versuch der anzuerkennenden Modulabschlussprüfung über das Prüfungsamt beim Prüfungsausschuss einzureichen. Die*Der Studierende hat die für die Anerkennung erforderlichen Nachweise vorzulegen.

(5) Die Entscheidung über Anerkennungen ist den Studierenden spätestens zwölf Wochen nach Einreichung der Unterlagen bzw. Stellung des Antrags mitzuteilen.

(6) Sofern ein Modul anerkannt worden ist, ist eine Teilnahme an der entsprechenden Modulabschlussprüfung nicht mehr möglich.

§ 15 Bewertung von Prüfungsleistungen

(1) Alle prüfungsrelevanten Leistungen und die Masterarbeit sind zu bewerten. Die Bewertung ist zu begründen. Bei der Bewertung sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut= eine hervorragende Leistung;

2 = gut= eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;

3 = befriedigend= eine Leistung, die den durchschnittlichen Anforderungen entspricht;

4 = ausreichend= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;

5 = nicht ausreichend= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht

mehr genügt.

Durch Verringern oder Erhöhen der einzelnen Noten um 0,3 können zur differenzierten Bewertung Zwischenwerte gebildet werden. Die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

(2) Die Note der Modulabschlussprüfung ist zugleich die Modulnote. Sofern einem Modul ausnahmsweise mehrere prüfungsrelevante Leistungen zugeordnet sind, wird aus den mit ihnen erzielten Noten die Modulnote gebildet; in diesen Fällen regeln die Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) das Gewicht, mit denen die Noten der einzelnen prüfungsrelevanten Leistungen in die Modulnote eingehen. Bei der Bildung der Modulnote werden alle Dezimalstellen außer der ersten ohne Rundung gestrichen:

Die Modulnote lautet bei einem Wert

bis einschließlich 1,5= sehr gut;

von 1,6 bis 2,5= gut;

von 2,6 bis 3,5= befriedigend;

von 3,6 bis 4,0= ausreichend;

über 4,0= nicht ausreichend.

(3) In die Gesamtnote der Masterprüfung gehen die Modulnoten mit Gewichtung nach den jeweiligen Leistungspunkten nach ECTS ein. Für die Bildung der Gesamtnote gilt Abs. 2 Satz 3 entsprechend.

(4) Die Bewertung von mündlichen prüfungsrelevanten Leistungen ist den Studierenden spätestens eine Woche, die Bewertung von schriftlichen prüfungsrelevanten Leistungen und der Masterarbeit spätestens acht Wochen nach Erbringung der Leistung mitzuteilen.

(5) Prüfungsleistungen können nach Maßgabe der Fachspezifischen Bestimmungen (Teil II) in den ersten beiden Fachsemestern auch mit Bestanden oder Nicht-Bestanden bewertet werden. In diesen Fällen wird das Modul nicht in die Berechnung der Gesamtnote einbezogen.

(6) Nach Maßgabe der fächerspezifischen Bestimmungen (Teil II) kann eine Verbesserung der Modulnote („Bonuspunkte“) durch aktive Teilnahme an optional zu erbringenden Studienleistungen (z. B. Übungsgruppen, Praktika, Projektarbeit, Präsentationen oder durch Bearbeiten von schriftlichen Hausaufgaben) nach einem in den fächerspezifischen Bestimmungen (Teil II) festgelegten Schlüssel durchgeführt werden. Das Bestehen oder Nichtbestehen einer Prüfung darf von den Auswirkungen der gegebenenfalls eingesetzten Bonusregelung nicht beeinflusst

werden.

§ 16 Wiederholung von Prüfungsleistungen

(1) Prüfungsrelevante Leistungen, die nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, können zweimal wiederholt werden. Ist eine prüfungsrelevante Leistung eines Moduls nach Ausschöpfung der für sie zur Verfügung stehenden Anzahl von Versuchen nicht bestanden, ist das Modul insgesamt endgültig nicht bestanden. Dies gilt auch, wenn bei einem Wahl- oder Wahlpflichtmodul zwei Module mit abweichendem Inhalt und bzw. oder Titel jeweils nicht bestanden wurden. Durch einen Wechsel der inhaltlichen Ausrichtung wird die Versuchszählung nicht unterbrochen.

(2) Ist die Masterarbeit nicht bestanden, kann sie mit einem anderen Thema einmal wiederholt werden.

(3) Ist ein Pflichtmodul endgültig nicht bestanden oder hat die*der Studierende ein Wahlpflichtmodul endgültig nicht bestanden und keine Möglichkeit mehr, an seiner Stelle ein anderes Modul erfolgreich zu absolvieren, ist die Masterprüfung insgesamt endgültig nicht bestanden.

(4) Auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise und der Exmatrikulationsbescheinigung wird ein Transcript of Records ausgestellt, das die erbrachten Leistungen und ggfs. die Noten enthält. Das Transcript of Records wird vom Prüfungsamt ausgestellt und mit dem Siegel der Hochschule versehen.

(5) Eine mindestens als „ausreichend“ (4,0) bewertete Prüfungsleistung kann nicht wiederholt werden.

§ 17 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine prüfungsrelevante Leistung gilt als mit „nicht ausreichend“ bewertet, wenn die*der Studierende ohne triftige Gründe nicht zu dem festgesetzten Termin zu ihr erscheint oder wenn sie*er nach ihrem Beginn ohne triftige Gründe von ihr zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche prüfungsrelevante Leistung bzw. die Masterarbeit nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis nach Absatz 1 geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss über das Prüfungsamt unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit sind unaufgefordert ein ärztliches Attest sowie das Antragsformular für einen Rücktritt aus Krankheitsgründen beizufügen. Erhält die*der Studierende innerhalb von drei Wochen nach Anzeige und Glaubhaftmachung keine Mitteilung, gelten die Gründe als anerkannt.

(3) Für Prüfungen sind in der Regel keine Hilfsmittel, auch keine technischen Hilfsmittel wie KI-basierte Tools (wie Übersetzungs-KI und texterzeugende KI), zugelassen. Etwas anderes gilt nur, wenn die jeweiligen Prüfer*innen für die entsprechende Prüfung Hilfsmittel in einem vorgegebenen Umfang gestatten, sofern der Prüfungszweck dadurch nicht vereitelt wird. In diesem Fall müssen jegliche Hilfsmittel unter Benennung der „prompt“ angegeben und KI-generierte Texte als solche gekennzeichnet werden. Unter „prompt“ wird die Eingabeaufforderung verstanden, die verwendet wird, um eine KI-Modell zu instruieren. Die Instruktionen können durch die Eingabe von Text, Sprache und/ oder Bildern erfolgen.

(4) Versuchen Studierende, das Ergebnis einer prüfungsrelevanten Leistung oder der Masterarbeit durch Täuschung, zum Beispiel durch Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, zu beeinflussen, gilt die betreffende Leistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(5) Wer den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört, kann von den jeweiligen Prüfenden oder Aufsichtführenden in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der Erbringung der Einzelleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende prüfungsrelevante Leistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die*den Studierenden von der Masterprüfung insgesamt ausschließen. Die Masterprüfung ist in diesem Fall endgültig nicht bestanden. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen.

§ 18 Masterzeugnis und Masterurkunde

(1) Hat die*der Studierende das Masterstudium erfolgreich abgeschlossen, erhält sie*er über die Ergebnisse ein Zeugnis.

In das Zeugnis wird aufgenommen:

- a) die Note der Masterarbeit,
- b) das Thema der Masterarbeit,
- c) die Gesamtnote der Masterprüfung,
- d) die bis zum erfolgreichen Abschluss des Masterstudiums benötigte Fachstudiendauer.

(2) Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte prüfungsrelevante Leistung erbracht worden ist.

(3) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird der*dem Studierenden eine Masterurkunde mit dem Da-

tum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades beurkundet.

(4) Das Masterzeugnis wird von der*dem Dekan*in des Departments und die Masterurkunde von der*dem Präsident*in der Hochschule unterzeichnet und mit dem Siegel der Hochschule für Gesundheit versehen.

(5) Dem Zeugnis wird eine „ECTS-Einstufungstabelle“ im Sinne des ECTS Leitfadens der Europäischen Kommission in der jeweils aktuellen Fassung beigelegt, die die statistische Verteilung der Gesamtnote in Form einer Standardtabelle darstellt. Als Grundlage für die Berechnung werden alle Gesamtnoten der bestandenen Masterprüfungen des jeweiligen Studiengangs herangezogen, die innerhalb dieser Referenzgruppe über einen Zeitraum von mindestens zwei akademischen Jahren vergeben wurden.

§ 19 Diploma Supplement

(1) Mit dem Zeugnis über den Abschluss des Masterstudiums wird der*dem Absolvent*in ein Diploma Supplement mit Transcription of Records ausgehändigt. Das Diploma Supplement informiert über den Studienverlauf, die besuchten Module, die während des Studiums erbrachten Modulabschlussprüfungen und deren Bewertungen und über das individuelle fachliche Profil des absolvierten Studiengangs.

(2) Das Diploma Supplement wird nach Maßgabe der von der Hochschulrektorenkonferenz insoweit herausgegebenen Empfehlungen erstellt und vom Prüfungsamt ausgefertigt.

3. Abschnitt: Schlussbestimmungen

§ 20 Ungültigkeit von Prüfungsleistungen

(1) Hat die*der Studierende bei einer prüfungsrelevanten Leistung oder der Masterarbeit getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuss nachträglich das Ergebnis und ggfs. die Noten entsprechend berichtigen und diese Leistungen ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer prüfungsrelevanten Leistung oder der Masterarbeit nicht erfüllt, ohne dass die*der Studierende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen geheilt. Hat die*der Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht

erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Verwaltungsverfahrensgesetz NRW – VwVfG NRW) über die Rechtsfolgen.

(3) Der*dem Studierenden ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) Das unrichtige Zeugnis wird eingezogen, ggfs. wird ein neues Zeugnis erteilt. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 21 Einsicht in Prüfungsakten

Der*Dem Studierenden wird auf Antrag nach Abschluss jeder prüfungsrelevanten Leistung Einsicht in ihre*seine Arbeiten, die Gutachten der Prüfer*innen und in die entsprechenden Protokolle gewährt. Der Antrag ist spätestens innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe des Ergebnisses der prüfungsrelevanten Leistung im Prüfungsamt zu stellen und wird der*dem jeweiligen Prüfer*in weitergeleitet. Er*Sie bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme. Hierüber ist das Prüfungsamt zwingend zu informieren. Gleiches gilt für die Masterarbeit. § 32 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Verwaltungsverfahrensgesetz NRW - VwVfG NRW) bleibt unberührt.

§ 22 Datenerhebung, -verarbeitung, -speicherung

(1) Bei der Erfüllung der ihm nach § 9 übertragenen Aufgaben und der hierfür erforderlichen Datenverarbeitung beachtet der Prüfungsausschuss die datenschutzrechtlichen Vorschriften.

(2) Das Prüfungsamt der HS Gesundheit führt die Datenverarbeitung der Studierenden in Bezug auf die Prüfungen im Auftrag des Prüfungsausschusses durch.

(3) Zum Zwecke der Aufgabendurchführung nach der Prüfungsordnung verarbeitet das Prüfungsamt die prüfungsbezogenen Daten der Studierenden. Das Prüfungsamt begrenzt die Verarbeitung der personenbezogenen Daten der Studierenden auf das für die Durchführung der Aufgaben gemäß § 9 notwendige Maß (Grundsatz der Datensparsamkeit).

(4) Das Prüfungsamt achtet darauf, die von ihm verarbeiteten personenbezogenen Daten einer*s Studierenden zu löschen, wenn die Datenverarbeitung durch die Hochschule aus prü-

fungsrechtlicher Sicht nicht mehr erforderlich ist. Dies ist mit Ausnahme der Abschlusszeugnisse spätestens ein Jahr nach Exmatrikulation der Studierenden der Fall (Grundsatz der Zweckbindung). Abschlusszeugnisse werden dreißig Jahre nach der Exmatrikulation des*der Studierenden gelöscht, es sei denn, der*die Studierende hat ausdrücklich in eine kürzere oder längere Speicherung der Daten eingewilligt.

§ 23 Aberkennung des Mastergrades

Die Aberkennung des Mastergrades kann erfolgen, wenn sich nachträglich herausstellt, dass er durch Täuschung erworben ist oder wenn wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung irrtümlich als gegeben angesehen worden sind. § 17 gilt entsprechend. Zuständig für die Entscheidung ist der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalens über die Rechtsfolgen.

§ 24 Einhaltung gesetzlicher Schutzzeiten

(1) Im Prüfungsverfahren sind die Schutzzeiten nach den §§ 3, 4, 6 und 8 des Gesetzes zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, in der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz – MuSchG) und die Fristen des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – BEEG) angemessen zu berücksichtigen. Dies gilt außerdem für das Gesetz über die Familienpflegezeit (Familienpflegezeitengesetz – FPfZG), wenn die*der Studierende eine*n pflegebedürftige*n nahe*n Angehörige*n in häuslicher Umgebung pflegt.

(2) Bei Prüfungsterminen, die innerhalb der gesetzlichen Mutterschutzfristen liegen, soll auf Antrag ein gesonderter Prüfungstermin zugewiesen werden.

(3) Die Bearbeitungsfrist der Masterarbeit oder von Hausarbeiten wird durch die Elternzeit nicht unterbrochen. Die Elternzeit berechtigt zum Rücktritt, so dass in diesem Fall der Prüfungsversuch nicht gezählt würde. Die Bearbeitung kann unter Vergabe eines neuen Themas nach den Regelungen dieser Prüfungsordnung neu angemeldet und begonnen werden.

§ 25 Inkrafttreten, Übergangsregelung

(1) Diese Ordnung tritt zum Beginn des Wintersemesters 2023/2024 in Kraft

Beschluss des Gründungsdekans des Departments für Ökonomie und Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen

Bochum, den 30. 8. 2023

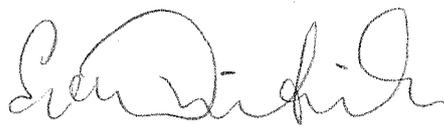


Prof. Dr. Frank Schmitz

Gründungsdekan

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Gründungsdekans durch den stellvertretenden Präsidenten der Hochschule:

Bochum, den 30.08,2023



Prof. Dr. Sven Dieterich

Stellvertretender Präsident

Anlage 1: Antwort-Wahl Verfahren

§ 1 Definition

Bei Prüfungen im Antwort-Wahl-Verfahren gemäß § 11 Abs. 4 der Rahmenordnung für die Bachelorprüfung besteht die Prüfungsleistung im Gegensatz zu herkömmlichen schriftlichen Prüfungen darin, eine Auswahl unter mehreren vorgegebenen Antworten der gestellten Fragen zu treffen. Die Prüfungsleistung besteht in dem Markieren der für richtig gehaltenen Antwort bzw. Antworten.

§ 2 Erstellung der Prüfungsaufgaben und Vorabkontrolle

(1) Die Prüfungsaufgaben müssen mit den in dem jeweiligen Modul zu vermittelnden Kenntnissen und Qualifikationen im Einklang stehen und ein zuverlässiges Prüfungsergebnis ermöglichen. Innerhalb einer Prüfung sind allen Geprüften die gleichen Prüfungsaufgaben zu stellen.

(2) Die Festlegung der Prüfungsaufgaben erfolgt durch die*den Prüfer*in. Hierbei wird von Seites des*der Prüfer*in keine absolute Bestehensgrenze festgelegt. Die Prüfungsbewertung (inkl. der Bestehensgrenze) erfolgt nach Korrektur der jeweiligen Prüfungsleistungen und bezieht dabei relative Gesichtspunkte ein. Die Prüfungsaufgaben sind so zu stellen, dass jede Antwortmöglichkeit selbstständig mit Richtig oder Falsch bzw. Ja oder Nein zu bewerten ist. Bei der Feststellung des erzielten Punktwertes einer Aufgabe ist der Abzug von Punkten für nicht oder falsch bewertete Antwortalternativen unzulässig.

(3) Sofern es sich um eine Wiederholungsprüfung handelt, bei deren endgültigen Nichtbestehen keine Ausgleichsmöglichkeit vorgesehen ist, muss die Prüfung durch eine*n zweite*n Prüfer*in unabhängig bewertet werden.

§ 3 Bewertung

(1) Die Prüfung im Antwort-Wahl-Verfahren ist bestanden, wenn die von der*dem Prüfer*in festgelegte Bestehensgrenze erreicht worden ist.

(2) Wird die Prüfung nur zu einem Teil nach dem Antwort-Wahl-Verfahren durchgeführt, gelten die Vorschriften dieser Anlage für diesen Teil entsprechend. Die Gesamtnote ergibt sich aus

einer Gewichtung des Anteils der im Antwort-Wahl-Verfahren zu erlangenden Punkte sowie des Anteils der im sonstigen Verfahren zu erlangenden Punkte. Die Gewichtung der Aufgabenteile erfolgt durch die jeweiligen Prüfer*innen.

(3) Das Ergebnis der Prüfung wird durch die Prüfer*innen festgestellt und der*dem Geprüften durch das Prüfungsamt mitgeteilt. Die folgenden Punkte sind in der Prüfungsakte zu dokumentieren:

1. die Prüfungsnote;
2. die Bestehensgrenze;
3. die Zahl der gestellten und die Zahl von der*dem Geprüften zutreffend beantworteten Aufgaben insgesamt;
4. die durchschnittliche Prüfungsleistung aller Geprüften der in Absatz 1 genannten Bezugsgruppe.
5. die durchschnittliche Prüfungsleistung aller Geprüften der in Absatz 1 genannten Bezugsgruppe.

In den Fällen des Absatzes 2 gilt Satz 2 nur für den Teil der Prüfung, der im Antwort-Wahl-Verfahren durchgeführt wird.

(4) Die Prüfer*innen haben bei der Auswertung der Prüfungsleistungen aller Prüflinge darauf zu achten, ob sich aufgrund der Häufung fehlerhafter Antworten auf bestimmte Prüfungsfragen Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Prüfungsaufgabe fehlerhaft formuliert war. Ergibt sich nach der Durchführung der Prüfung, dass einzelne Prüfungsfragen oder Antwortmöglichkeiten fehlerhaft sind, gelten die betreffenden Prüfungsaufgaben als nicht gestellt. Die Zahl der Prüfungsaufgaben vermindert sich entsprechend. Bei der Bewertung ist die verminderte Aufgaben- und Punktezahl zugrunde zu legen. Die Verminderung der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil der Prüflinge auswirken.